

Philipp Christoph
Schmädeke

Politische Regimewechsel

Grundlagen der
Transitionsforschung



A. Francke

UTB



Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Wien · Köln · Weimar

Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto

facultas.wuv · Wien

Wilhelm Fink · München

A. Francke Verlag · Tübingen und Basel

Haupt Verlag · Bern · Stuttgart · Wien

Julius Klinkhardt Verlagsbuchhandlung · Bad Heilbrunn

Mohr Siebeck · Tübingen

Nomos Verlagsgesellschaft · Baden-Baden

Ernst Reinhardt Verlag · München · Basel

Ferdinand Schöningh · Paderborn · München · Wien · Zürich

Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart

UVK Verlagsgesellschaft · Konstanz, mit UVK/Lucius · München

Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen · Bristol

vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich

Philipp Christoph Schmädeke

Politische Regimewechsel

Grundlagen der Transitionsforschung

A. Francke Verlag Tübingen und Basel

Dr. Philipp Christoph Schmädedeke hat von 2004 bis 2007 an der Pädagogischen Universität in Rostow am Don/Russische Föderation unterrichtet. Er lehrt zur Zeit am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin und an der Fachhochschule Kufstein/Österreich. Forschungsschwerpunkte sind neben der Transitionsforschung Demokratietheorie und Politische Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2012 · Narr Francke Attempto Verlag GmbH & Co. KG
Dischingerweg 5 · D-72070 Tübingen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem und säurefreiem Werkdruckpapier.

Internet: <http://www.francke.de>

E-Mail: info@francke.de

Einbandgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart

Satz: Informationsdesign D. Fratzke, Kirchentellinsfurt

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Printed in Germany

UTB-Band-Nr.: 3751

ISBN 978-3-8252-3751-6

Inhalt

A Einführung	1
1 Allgemeine Einführung	1
2 Zentrale Begriffe und Theorieansätze der Transitionsforschung	7
3 Ein Transitions-Szenario nach O'Donnell/Schmitter's „Tentative Conclusions from Uncertain Democracies“ (1986)	18
B Ideengeschichtliche Vorläufer der Transitionsforschung	34
1 Makrosoziologische Theorieansätze	34
2 Autoritarismusforschung	38
3 Joseph A. Schumpeters „Capitalism, Socialism, and Democracy“ (1942)	44
4 Robert A. Dahls „Polyarchy. Participation and Opposition“ (1971)	50
5 Dankwart A. Rustows „Transitions to Democracy. Toward a Dynamic Model“ (1970)	59
C Fünf Entwicklungsphasen der Transitionsforschung von 1979 bis heute	65
1 Erste Entwicklungsphase der Transitionsforschung (1979–1986)	65
2 Zweite Entwicklungsphase der Transitionsforschung (1986–1989)	68
3 Dritte Entwicklungsphase der Transitionsforschung (1989–1991)	83
„The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century“ von Samuel P. Huntington (1991)	86
„Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America“ von Adam Przeworski (1991)	95

4	Vierte Entwicklungsphase der Transitionsforschung (1991–1996)	103
	Drei zentrale Debatten in der Konsolidierungsforschung	105
	Revitalisierung makrosoziologischer Theorieansätze	111
5	Fünfte Entwicklungsphase der Transitionsforschung (1996–heute)	117
	„Democracy with Adjectives“ von David Collier und Steven Levitsky (1997)	119
	„The Rise of Competitive Authoritarianism“ von Steven Levitsky und Lucan A. Way (2002).	125
	„The End of the Transition Paradigm“ von Thomas Carothers (2002)	128
D	Nordamerikanische Transitionsforschung und deutschsprachige Transformationsforschung	136
E	Literaturverzeichnis	143
F	Quellennachweise der Grafiken	152
G	Dank	154

A Einführung

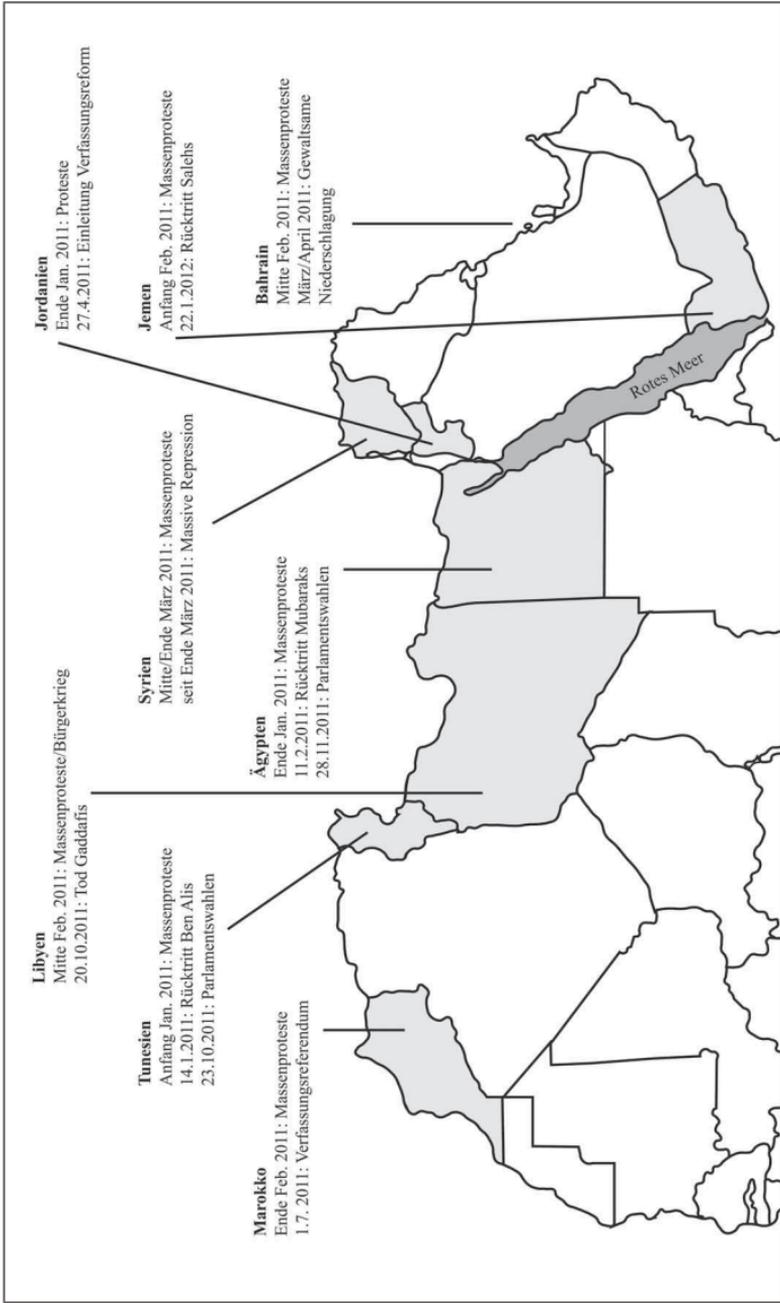
1 Allgemeine Einführung

„The strategic problem of transition is to get to democracy without being either killed by those who have arms or starved by those who control productive resources. As this formulation suggest, the path to democracy is mined. And the final destination depends on the path.“

Adam Przeworski 1991

Relevanz

Als sich am 17. Dezember 2010 der 26-jährige Obst- und Gemüsehändler Mohamed Bouazizi vor dem Gouverneurssitz von Sidi Bouzid mit Benzin übergießt und anzündet, und daraufhin mit schwersten Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wird, ahnen weder die Bewohner der tunesischen Kleinstadt noch die Weltöffentlichkeit, dass dies der Auftakt zu einer für die arabische Welt beispiellosen Umwälzung ihrer mehrere Jahrzehnte alten politischen Ordnungen sein würde. Während sich einen Tag später, am 18. Dezember, nur einige wenige Dutzend Demonstranten vor dem Gouverneurssitz in Sidi Bouzid versammeln, kommt es bereits Anfang Januar 2011 in Tunis und anderen großen Städten **Tunisiens** zu Massendemonstrationen und am 14. Januar schließlich zum Sturz des langjährigen Machthabers Ben Ali. Unzufrieden mit den bestehenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen greifen die Massenproteste schnell auf andere arabische Staaten über: In **Ägypten** kommt es am 25. Januar zu den ersten großen Protestkundgebungen, eine Woche später versammeln sich auf dem zentralen Kairoer Tahir-Platz mehr als eine Million Menschen; trotz massiver Polizeigewalt mit mehr als 300 Toten halten die Proteste an und führen am 11. Februar zum Rücktritt Mubaraks und zur Installierung einer militärischen Übergangsregierung, die baldige freie und faire Wahlen verspricht. In der südsyrischen Stadt Daraa demonstrieren am 15. März hunderte Men-



Die politischen Umbrüche in der arabischen Welt (2010–2012)

schen nachdem die örtlichen Behörden fünfzehn Kinder verhaften ließ, die regimekritische Parolen an die Wände gesprüht hatten; eine Woche später gehen in ganz **Syrien** mehrere zehntausend Menschen gegen das Assad-Regime auf die Straßen; bis Ende Februar 2012 kommen bei diesen von Oppositionsseite weitestgehend friedlich geführten Demonstrationen nach UN-Angaben mehr als 7500 Menschen ums Leben, ohne dass die Proteste an Intensität verlieren. In **Libyen** schlagen die Mitte Februar 2011 beginnenden Massenproteste schnell in einen offenen Bürgerkrieg um, der schließlich im August bzw. Oktober 2011 mit der militärischen Niederlage des Gaddafi-Regimes und dem Tod des einstigen Revolutionsführers endet. In **Bahrain** werden die Proteste gewaltsam niedergeschlagen, im **Jemen** muss Präsident Saleh nach monatelangen Massendemonstrationen abtreten, in **Jordanien** und **Marokko** kommt es nach Massenprotesten schließlich zu weitreichenden Verfassungsreformen.

Trotz der Unterschiedlichkeit der Verlaufsformen, der Intensität und des Umfanges dieser politischen Proteste und Umbrüche in der arabischen Welt, und trotz der Ungewissheit über den Ausgang und die Folgen dieser gesamtgesellschaftlichen Erosion eröffnet sich nicht nur für die politische Wissenschaft, sondern auch für die politisch involvierten Eliten, für die betroffenen Völker und Regionen, für die gesamte Weltöffentlichkeit ein weites Feld an neuen (alten) Fragestellungen und Herausforderungen:

Wodurch wurden diese massiven Umbrüche ausgelöst? Warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, warum nicht früher oder später? Und warum überhaupt?

Wie funktionieren und verlaufen diese politischen Erosions- und Wechselprozesse, deren Folgen einen gravierenden Einfluss auf ganze Gesellschaften, Staaten und Regionen haben? Und wie ist mit ihnen umzugehen? Und warum wurden diese tiefgreifenden Entwicklungen weder von Experten und Forschern noch von den Betroffenen selbst vorhergesehen?

Gut zwei Jahrzehnte vor dem Einsetzen des arabischen Frühlings standen Wissenschaftler und politische Öffentlichkeit im Herbst 1989 vor einer ähnlichen Situation: Trotz Glasnost und Perestroika konnte niemand damit rechnen, dass das seit über vier Jahrzehnten bestehende kommunistische Ordnungsgefüge Mittel- und Osteuropas innerhalb weniger Monate zusammenbrechen und in weitestgehend demokratische Regierungsformen übergehen würde. Plötzlich erga-

ben sich neue Perspektiven, Konstellationen und Möglichkeiten; aber auch alte Konfliktlinien,¹ die bis dato im öffentlichen Bewusstsein nicht zu existieren schienen, brachen wieder auf.

Die Folge war eine intensive wissenschaftliche Beschäftigung und Auseinandersetzung mit den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel- und Wechselprozessen in Mittel- und Osteuropa, die vor allem in den 1990er Jahren eine wahre Blüte erlebte und in der deutschsprachigen Politikwissenschaft bis heute unter dem Begriff der „Transformationsforschung“ zusammengefasst wird.

Der eigentliche theoretische Referenzrahmen der Transformationsforschung ist dabei mit den Jahren immer mehr in den Hintergrund getreten; viele Forscher, die sich heute mit der Thematik der Regimewechsel beschäftigen, wissen mit dem Terminus „Transition“ eher wenig anzufangen; erst recht fällt es schwer das Theoriefeld der „Transitionsforschung“ („Transitology“) zu- und einzuordnen, geschweige theoretisch nutzbar zu machen.

Das vorliegende Buch, das eine Einführung in die Grundlagen der Transitionsforschung geben will, verfolgt nun eine mehrfache Intention:

Zum einen soll das Theoriefeld der Transitionsforschung für die deutschsprachige Politikwissenschaft wieder in einer derartigen Weise freigelegt werden, dass damit sowohl die analytischen Trennlinien als auch die ideengeschichtlichen Kontexte zwischen der vor allem in den Vereinigten Staaten entwickelten Transitionsforschung und der vor allem im deutschsprachigen Raum entwickelten Transformationsforschung wieder sichtbar und nachvollziehbar werden. Zum anderen sollen Forschenden wie Studierenden neue (andere) Perspektiven, Methoden und Herangehensweisen eröffnet werden, die im Idealfall zu einer fruchtbaren Anwendung und Weiterentwicklung insbesondere in Bezug auf die Umbrüche in der arabischen Welt führen können.

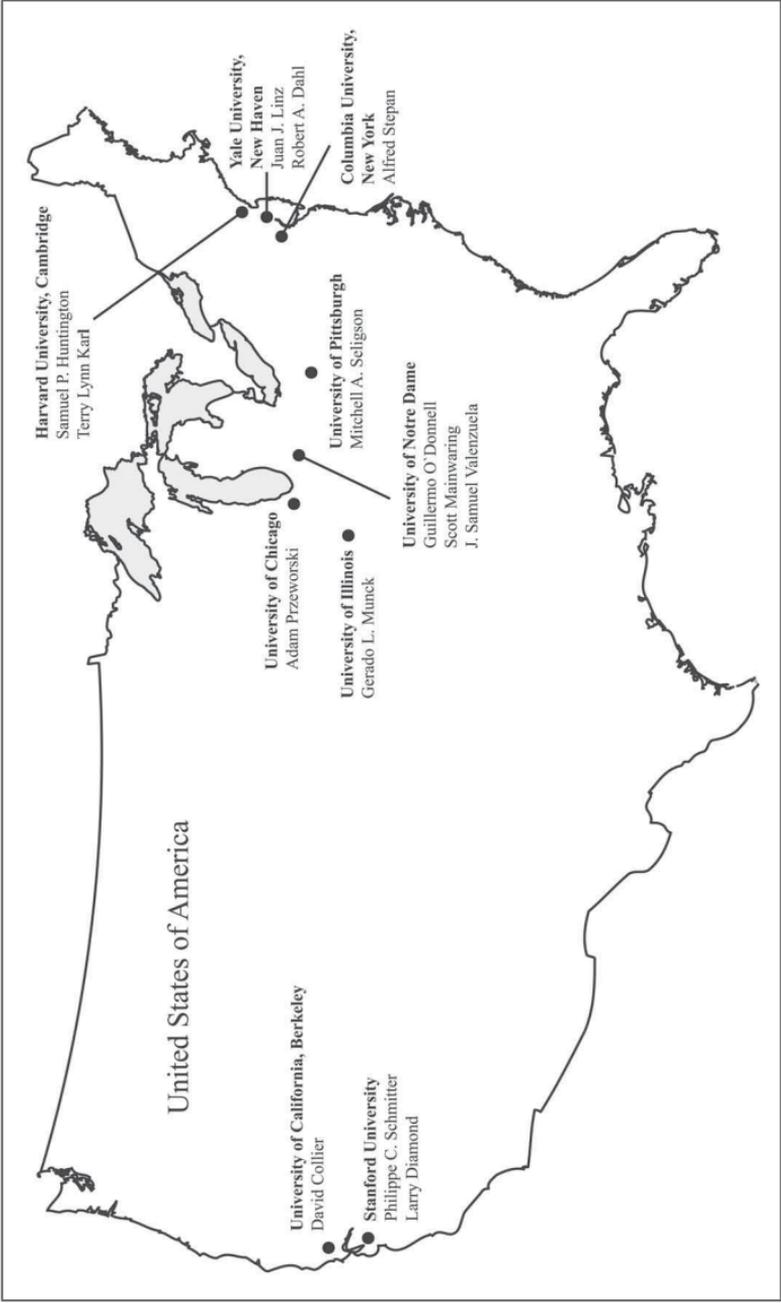
¹ Insbesondere in den Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien kam es zu ethnischen Konflikten, die bis heute nicht gelöst/befriedet sind (Nagorny Karabakh, Abchasien, Kosovo).

Politikwissenschaftliche Einordnung

Ein wesentlicher Grund für das Verschwinden der Transitionsforschung aus dem deutschen und europäischen Kontext liegt in deren einseitiger Verwurzelung in der nordamerikanischen Politikwissenschaft. Während die Transitionsforschung in den 1980er Jahren einen enormen Einfluss auf die lateinamerikanische und schließlich in den 1990er Jahren auf die europäische Politikwissenschaft ausgeübt hat, hat eine umfassende Rückkoppelung nie wirklich stattgefunden. „Transitology“ ist in allererster Linie ein Produkt von Diskursen zwischen Harvard und Berkeley, zwischen Stanford und Yale geblieben. Sie wurde gefördert von Stiftungen wie dem 1983 gegründeten National Endowment for Democracy, von Forschungsinstitutionen wie dem Wilson Center in Washington oder dem Kellogg Institute in Notre Dame. Und ihre Schriften wurden sowohl in den etablierten Plattformen wie „The American Political Science Review (APSR)“ und „World Politics (WP)“ wie auch in den einflussreichen Neugründungen wie dem „Journal of Democracy (JoD)“ publiziert.²

Auch ihre theoretischen Wurzeln hat die Transitionsforschung folgerichtig in den politikwissenschaftlichen Diskursen, die an nordamerikanischen Universitäten in den 1950er bis 1970er Jahren geführt wurden und die der Transitionsforschung ihre ideengeschichtlichen Grundlagen geben. Hierzu gehören vor allem die makrosoziologische Theoriebildung mit ihren weit über die Vereinigten Staaten hinaus populären kulturalistischen (Almond/Verba), strukturalistischen (Moore Jr.) und modernisierungstheoretischen (Lipset) Ansätzen; die im Zuge der lateinamerikanischen Entdemokratisierungsprozesse entwickelte Autoritarismusforschung (O'Donnell/Linz/Collier) sowie einflussreiche Einzelpublikationen (Schumpeter/Rustow/Dahl), die ihrerseits in unterschiedlichen Kontexten mit o.g. Diskursen verbunden sind. Entsprechend dieser ideengeschichtlichen Verankerung und auch ihrem Selbstverständnis nach wird die Transitionsforschung folglich in der (nordamerikanischen) **Vergleichenden Politikwissenschaft** („Comparative Politics“) verortet.

² Publikationen zur Transitionsforschung finden sich zudem in den „Comparative Politics (CP)“, dem „Journal of Peace Research (JPR)“, „Perspectives on Politics (PoP)“, „Political Science Quarterly (PSQ)“, „Studies in Comparative International Development (SCID)“, „The Washington Quarterly (TWQ)“, „World Policy Journal (WPJ)“.



Transitionsforscher an Universitäten in den USA

Historische Einordnung

Forschungsobjekte der Transitionsforschung sind in erster Linie diejenigen Länder und Regionen, die seit Mitte der 1970er Jahre von politischen Umbrüchen und Regimewechseln erfasst wurden und die nach einem von Samuel P. Huntington entwickelten Theoriekonzept alle der sogenannten „dritten Welle der Demokratisierung“ zuzuordnen sind. Am Beginn dieser dritten Welle stehen die demokratischen Regimewechsel in Portugal, Spanien und Griechenland (1974/75). Es folgen die Umbrüche in Südostasien (Taiwan, Südkorea, Thailand, Philippinen), die ebenfalls Mitte der 1970er Jahre einsetzen und die Demokratisierungsprozesse in Südamerika, die 1979 in Ecuador ihren Anfang nehmen und zu Beginn der 1990er Jahre in Chile ihren letzten vorläufigen Höhepunkt haben. Spätestens mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 werden dann auch die ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas von der Wucht kollektiver demokratischer Regimewechsel erfasst, dem vorerst letzten großen Untersuchungsfeld der Transitionsforschung. Denn als Mitte der 1990er Jahre nicht mehr der unmittelbare Wechsel sondern die Festigung dieser Regime in den Fokus rückt, nehmen Interesse und Auseinandersetzung mit bzw. an diesem Forschungsfeld deutlich ab. Die Transitionsforschung wird seither zusammen mit der so genannten Konsolidierungsforschung („Consolidology“) unter dem Oberbegriff der Demokratisierungsforschung („Democratization Studies“) subsummiert.

2 Zentrale Begriffe und Theorieansätze der Transitionsforschung

Wie im einleitenden Kapitel bereits angedeutet, hat die Transitionsforschung das politische Phänomen der Regimewechsel zum Gegenstand. Im Folgenden soll nun ein einführender Überblick in die zentralen Begrifflichkeiten (Transition/Regime) und Theorieansätze (Akteursansatz/Phasenmodell/Demokratiebegriff) der Transitionsforschung gegeben werden.

Grundsätzlich gilt, dass der Terminus Regime einen politischen *Zustand* bezeichnet, der einen wie auch immer gearteten Herrschaftstypus anzeigt, während der Terminus Transition einen politischen

Prozess bezeichnet, der den *Wechsel* von Herrschaftstypen beinhaltet. Akteursansätze fokussieren sich auf die Absichten, Handlungen und Interaktionen einzelner Akteure im Transitionsprozess, der wiederum von vielen Forschern in unterschiedliche Phasen und Stadien eingeteilt wird. Die Demokratie ist ein mögliche Ergebnis von Transitionen.

Transition

Transition (englisch „transition“/spanisch „transición“) kann im Deutschen mit „Übergang“ übersetzt werden und findet sich in dem politikwissenschaftlichen Bedeutungszusammenhang, in dem er heute in der Transitionsforschung verwendet wird, das erste Mal in der im Jahre 1970 publizierten Abhandlung „Transitions to Democracy“ von Dankwart Rustow.³ Eine umfassende Verbreitung und Anwendung des Transitionsbegriffes in politikwissenschaftlichen Diskursen zur speziellen Thematik von politischen Regimewechseln beginnt jedoch erst mit der Etablierung der gleichnamigen Transitionsforschung. Spätestens seit der für dieses Forschungsfeld wegweisenden Studie „Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy“⁴ aus dem Jahre 1986 wird der Terminus Transition gemeinhin definiert als **das Intervall zwischen zwei verschiedenen politischen Regimen:** „(...) the interval between one political regime and another“.⁵ Wie der Titel der Studie bereits anzeigt, steht am Ausgangspunkt einer jeden Transition der Beginn der Auf- und Ablösung eines autoritären Regimes („Authoritarian Rule“).⁶ So eindeutig der Ausgangspunkt, so unsicher und ungewiss sind für die Forscher jedoch Richtung und der Endpunkt einer jeden Transition.

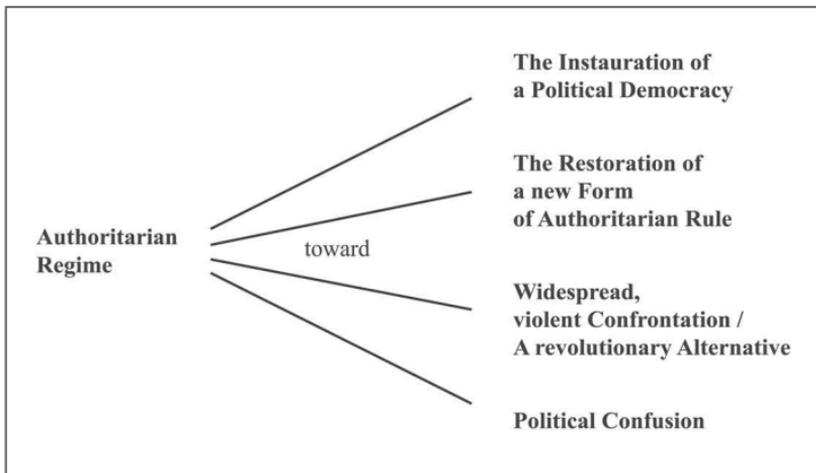
³ Rustow, D. (1970): „Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model“, in: Comparative Politics (CP), Vol. 2, No. 3, (April 1970), S. 337–363.

⁴ O'Donnell, G./Schmitter, P.C./Whitehead, L. (1986) (Hrsg.): „Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy“, Baltimore, Part I–IV.

⁵ O'Donnell, G./Schmitter, P.C. (1986): „Tentative Conclusions about Uncertain Democracies“, in: O'Donnell, G./Schmitter, P.C./Whitehead, L. (1986) (Hrsg.): „Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy“, Baltimore Part IV, S. 3–78, hier S. 6.

⁶ Zur Bezeichnung des Ausgangspunktes von Transitionen werden in der Transitionsforschung in der Regel die folgenden Termini verwendet: „Authoritarian Regime/Rule“ oder „Dictatorial Regime/Rule“ oder „Post-Totalitarian Regime/Rule“ reichen.

Für O'Donnell/Schmitter (1986, 3) gibt es beispielsweise vier mögliche Transitionswege: Erstens, die Etablierung einer neuen, anderen Form eines autoritären Regimes; zweitens, die Etablierung einer politischen Demokratie; drittens, das Entstehen einer weitläufigen gewaltsamen Konfrontation, wie beispielsweise eines Bürgerkrieges; oder viertens, einen Zustand der dauerhaften politischen Konfusion, in dem es zu keiner gefestigten Institutionalisierung der neuen Regeln und Zuständigkeiten zur Ausübung politischer Herrschaft sowie ständig wechselnden Machträgern kommt.



Vier mögliche Transitionswege nach O'Donnell/Schmitter (1986)

Das Hauptaugenmerk der überwiegenden Mehrheit der Transitionsforscher liegt dabei auf demjenigen Typus von Regimewechseln, die von einem autoritären zu einem demokratischen Regime übergehen. Für diesen Transitions-Typus wird in der Regel der Terminus „Demokratische Transition“ („Democratic Transition“) verwendet. Damit kann zum einen eine klare terminologische Abgrenzung zu anderen Transitionstypen vorgenommen werden; zum anderen kann hiermit dem weit verbreiteten Missverständnis entgegengewirkt werden, dass eine einmal begonnene Transition notwendig in eine Demokratie münden muss.